

gen und dezidierte Abgrenzung auf beiden Seiten müssen in einem solchen Konzept, was weder gesamtdeutsch ist noch der alten Arbeitsteilung folgt, richtig ausbalanciert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit bleibt deutsche Nachkriegsgeschichte ein sperriger Gegenstand, aber das macht vielleicht gerade ihren wissenschaftlichen Reiz und ihre politische Bedeutung und Problematik aus. Dankeschön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Kleßmann. Bitte Armin Mitter.

Dr. Armin Mitter: Meine Damen und Herren, ich bin versucht, den Spruch von Herrn Kleßmann, also den Letzten, den Vorletzten beißen die Hunde, umzudrehen und zu sagen: „Der Letzte beißt und er könnte diejenigen beißen, die vor ihm ausgeführt haben.“ Also ich möchte das auf keinen Fall tun, aber ich möchte auch nicht all das wiederholen, was hier an Forschungsprojekten genannt worden ist. Vielem kann ich mich anschließen. Vielen meiner früheren oder noch jetzigen Kontrahenten würde ich vorbehaltlos zustimmen, insbesondere dem, was Herr Kleßmann gesagt hat. Nur möchte ich nur am Rande bemerken, es sollte eben nicht immer nur bei Konzeptionen bleiben, sondern man sollte dann doch zu den Tatsachen übergehen, diese Dinge dann wirklich auch initiieren und nicht immer große Forschungsprojekte schreiben für irgendwelche Stiftungen und irgendwelche Förderungen, wo dann der Antrag eigentlich schon das Ergebnis vorgewinnt, sondern es sollte dann auch wirklich mit den Dingen einmal begonnen werden. Es ist eben schon sieben Jahre her, als ich die erste Konzeption gelesen habe, in der dieser osteuropäische Vergleich formuliert worden ist, der auch von anderen Seiten angemahnt worden war. So könnte man verschiedene andere Dinge, die hier auch von anderen Referenten genannt wurden, auch nennen. Ich möchte mich ganz pointiert mit einem ganz bestimmten Punkt beschäftigen und ich verspreche Ihnen, ich werde die Zeit 100 %ig einhalten, ich bemühe mich sogar, sie zu unterschreiten.

Und zwar geht es mir darum, das Verhältnis zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung ein wenig zu beleuchten, und zwar aus der Perspektive von 1989 und der sich daraus entwickelnden Situation, wie wir sie heute vorfinden. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete auch für die Historiker eine völlig neue Situation. Dabei standen für beide Seiten Deutschlands unterschiedliche Bilanzen zu Buche. Im Osten war mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch die Legitimationsbasis der Zeitgeschichtshistoriker weggebrochen. Ich glaube, ich brauche die Gründe dafür überhaupt nicht auszuführen, das ist längst geklärt. Im Westen Deutschlands mit einem pluralistischen Wissenschaftssystem waren die Zeitgeschichtshistoriker gezwungen, ihren unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit entstandenen Standort ebenfalls neu zu bestimmen. Es ging dabei entweder um die Verteidigung oder die Verbesserung der eigenen strategischen Position in der Wissenschaftslandschaft. Die Standorte prägten in nicht unerheblicher Weise die inhaltliche forschungspolitische Diskussion. Zunächst ist festzuhalten, und da stimme ich vorbehaltlos dem, was Herr Prof. Weber ausgeführt hat, zu, daß eine Basis von

soliden Forschungsergebnissen zur DDR-Geschichte vorhanden war, – insbesondere sind hier die Arbeiten von Herrn Weber und Herrn Fricke zu nennen, ich nenne sie nicht, weil beide anwesend sind, sondern weil das meines Erachtens unumstritten ist –,

(Zwischenruf Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: „Wir bekommen auch schon rote Ohren.“)

auf die in der völlig neuen Situation aufgebaut werden konnte. Ich betone, es war eine völlig neue Situation. Das pluralistische Wissenschaftsverständnis führte jedoch auch dazu, daß vor dem Hintergrund dieser neuen Situation heftige wissenschaftspolitische Auseinandersetzungen geführt wurden, wobei es darum ging, welchen Stellenwert in der Hauptsache die Untersuchung des politischen Systems in der DDR respektive im gesamten sozialistischen System hatte. Dabei lag der Schwerpunkt oftmals darauf, die plötzlich zur Verfügung stehenden erheblichen finanziellen Mittel für sich zu reklamieren. Meines Erachtens befinden wir uns heute in einer Phase, in der diese wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen durch die Verteilung der Mittel als abgeschlossen betrachtet werden kann. In der wissenschaftlichen Diskussion haben sich aber die Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Ansatzes, der oftmals nur eine Fortsetzung der systemimmanenten Betrachtungsweise ist, zumindest aber an diese systemimmanente Betrachtungsweise anknüpft, deutlich gezeigt. Ebenso gibt es aber keine Arbeiten von Historikern, die sich der Totalitarismustheorie verpflichtet fühlen, die ein entscheidend neues Bild von der DDR geprägt haben. Beide Richtungen haben sich eher aufeinander zubewegt, was hier in den Diskussionsbeiträgen deutlich zum Ausdruck kam, ohne daß die prinzipiell gegensätzlichen Standpunkte verwischt worden sind. Deutlich ist allerdings geworden, daß der Untersuchung des Herrschaftssystems weit mehr Raum eingeräumt werden muß, als dies vor 1989 der Fall war. Aus welchen Gründen auch immer, eine Reihe davon sind hier genannt worden. Dies ist aber meines Erachtens in erster Linie nicht Historikern zu verdanken. In erheblichem Maße denjenigen, die 1989 nicht nur auf die Straße gegangen sind, sondern auch ohne professionellen Hintergrund sich vorrangig mit der Geschichte des Herrschaftssystems in der DDR beschäftigt haben. Ich spreche von den vielen Initiativen, die sich zur Erforschung der DDR-Geschichte bildeten und in ganz entscheidender Weise die Forschung vorangetrieben haben. Ihnen ist es zu verdanken, und das wird häufig vergessen, daß wir heute in den ehemaligen DDR-Archiven so exzellente Zugangsbedingungen vorfinden. Diese Initiativen haben deutlich gemacht, daß die Erforschung der zweiten Diktatur nicht nur eine Angelegenheit der akademischen Forschung sein kann, sondern ganz entscheidend das Zusammenwachsen zwischen Ost und West prägt. Von Seiten der akademischen Forschung hat man diese Initiativen nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Ausdrücklich möchte ich darauf verweisen, und jetzt, Herr Fricke, kriegen Sie auch wieder rote Ohren, daß insbesondere Herr Fricke und Herr Weber sich von der Mehrheit ihrer Fachkollegen unterschieden haben und auf vielfältige Weise diese Initiativen unterstützten. Außerdem gilt das auch für die unterschiedlichen Einrichtungen der politischen Bildung. Also,

die Heinrich-Böll-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung ebenso wie die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Naumann-Stiftung. Aber auch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen für politische Bildung haben in den vergangenen Jahren diesen Initiativen oder Personen immer wieder ein großes Podium eröffnet. Dagegen wurde von akademischer Seite oftmals versucht, mit dem Hinweis auf mangelnde Professionalität diesen Initiativen deren Wissenschaftlichkeit abzusprechen und deren Arbeiten als Ergebnis von politisch-moralisch rigorosen Standpunkten geprägt abzuqualifizieren. Meines Erachtens in erster Linie, um einer substantiellen Auseinandersetzung von vornherein aus dem Wege gehen zu können. Statt dessen wurde die Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-Historikern gesucht, die versuchten, an die wissenschaftstheoretischen Positionen im Westen zu kommen und bereit waren, um des eigenen Überlebens willens, diese bedingungslos zu akzeptieren. Innovatives Denken ist von diesen Historikern nur begrenzt zu erwarten gewesen, und es ist auch so gekommen, es ist nur begrenzt eingetroffen. Tatsächliche Innovation kann meines Erachtens aufgrund der nunmehr reduzierten Mittel kaum stattfinden. Das stärkt eindeutig die hierarchisch gegliederte akademische Forschung. Man muß sich vorstellen, natürlich hat ein Professor mehr Macht, wenn er über die knappen Mittel verfügt und natürlich auch die Institutionen entsprechend viel stärker von oben nach unten diktieren. Es ist eben sehr schwierig, für den außerakademischen Kreis überhaupt an solche Fördermittel heranzukommen.

(Zwischenrufe...)

Also das ist meines Erachtens fast unumstritten. Gefragt ist eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit; deshalb ist es notwendig, gerade im Osten Deutschlands diese außeruniversitären Initiativen finanziell zu unterstützen. Für die akademische Forschung sind genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden in den letzten Jahren. Es geht jetzt darum, deren Verteilung transparenter zu machen und vor allen Dingen die Kriterien dafür. Inhaltlich müßte noch viel stärker empirisch argumentiert werden, um den jeweiligen theoretischen oder methodischen Ansatz zu exemplifizieren. Es darf nicht bei Absichtserklärungen bleiben. Es ist deutlich geworden, daß das vorhandene theoretische Instrumentarium nicht ausreicht, und ich glaube da sind sich alle einig, um entscheidend die Forschung voranzubringen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Armin Mitter. Tatsächlich bist Du unterhalb der Zeitvorgabe geblieben. Ich möchte die Diskussion damit eröffnen, daß ich den letzten Gedanken von Herrn Mitter noch einmal aufgreife, mit einer ergänzenden Anregung. Es ist sicherlich richtig, daß hier zwei verschiedene Welten sich mit der DDR-Vergangenheit je nach ihrer Profession oder ihrer Betroffenheit beschäftigt haben. Wenn wir daraus Folgerungen ziehen wollen, Armin, denke ich, und darüber sollte man diskutieren, ob man sie nicht auseinanderdividiert, sondern ihnen versucht, den Weg zu ebnen, aufeinander zuzugehen. Ich kann mir vorstellen, eine akademische Forschung kann sehr wohl auf diese Initiativen zurückgreifen, die wie-